

Schwedter Tageblatt

Verbindungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Preisprophet Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbesteller Bestellschein beifügen.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 20

Freitag, den 24. Januar 1930

37. Jahrgang

Chronik des Tages.

- * Die französische Delegation ist peinlich berührt durch Erklärungen Primo de Rivera, der der französischen Zeitung „Le Temps“ Schmiergelder für spanienfreundliche Artikel zahlte.
- * In einer Rede des polnischen Handelsministers wurden ganz selbstverständlich sämtliche Schwierigkeiten für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen Deutschland zugeschoben.
- * Italien scheint darauf zu bestehen, daß auch Deutschland, Rußland und Spanien zur Londoner Seekonferenz beigezogen werden.
- * Mit der Behandlung des Zündholzmonopolgesetzes eröffnete der Reichstag nach den Weihnachtsferien die erste Sitzung.

Große Koalition in Preußen?

Berlin, 24. Januar. Zu der Meldung Berliner Blätter zur Frage der Bildung der Großen Koalition in Preußen durch Hineinnahme der Deutschen Volkspartei in das preussische Kabinett erfährt man, daß Besprechungen aufgenommen worden sind. Ministerpräsident Dr. Braun hat, ohne selbst Stellung zu nehmen, den Vorschlag erörtert, daß die Deutsche Volkspartei das Handelsministerium und ein Ministerium ohne Portefeuille in Preußen erhalte. Die Frage der neuen Besetzung der Oberpräsidenten in Pommern und Posen-Masow wird als eine Angelegenheit betrachtet, die erst in zweiter Linie zu lösen ist. Wie man weiter hört, wird sich die demokratische Fraktion des Preussischen Landtages mit der Koalitionsfrage erneut beschäftigen. An der Fraktion der Deutschen Volkspartei ist bisher noch nicht herantreten worden. Offenbar ist beabsichtigt erst bei den Regierungsparteien, den Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, eine Klärung herbeizuführen.

Deutsche Teilnahme in London?

Keine Annäherung zwischen Frankreich und Italien.
London, 24. Januar.

Eine zwischen Briand und Grandi stattgefundene Besprechung, die über eine Stunde dauerte, hat, wie man erfährt, keine Annäherung gebracht. Italien hält an seiner Paritätsforderung fest und legt sich in der Frage des Mittelmeerpaktes starke Zurückhaltung auf. Die italienische Abordnung ist ferner der Ansicht, daß diese Konferenz nur eine Art Vorbereitung für die Arbeiten der Genfer vorbereitenden Abrüstungskommission sei.

Außenminister Grandi hat daher bereits recht deutlich darauf hingewiesen, daß ohne die Zuziehung der übrigen Mächte, namentlich aber Deutschlands und Rußlands, keine Möglichkeit für eine wirkliche Begrenzung der Seerüstungen bestehe.

Grandi glaubt deshalb, daß die Großmächte in London nur ein Beispiel geben könnten durch eine Art grundsätzlichen Einverständnisses, das dann später durch die vorbereitende Kommission in Genf unter dem Gesichtspunkt geprüft werden soll, die kleinen Mächte in ein endgültiges und bindendes Abkommen einzuschließen. Frankreich hält demgegenüber an der These fest, daß die Londoner Konferenz keinen technischen, sondern politischen Charakter habe, d. h., daß jede Abrüstung sich aufbauen müsse auf vorheriger politischer Annäherung.

Der Verlauf der ersten Sitzung.

Ministerpräsident Macdonald empfing in unmittelbarem Anschluß an die Vollziehung die Vertreter der Presse. Er machte folgende Angaben über den Verlauf der Sitzung:

1. wurde durch einstimmigen Beschluß die Wahl des Vizepräsidenten vorgenommen und zwar in der Weise, daß bei Verhinderung Macdonalds jeweils die Führer der anderen Abordnungen in der Reihenfolge des englischen Alphabets präsidieren;
2. Sir Maurice Hankey wurde einstimmig zum Generalsekretär und Leiter der technischen Organisation gewählt.

Ueber den Inhalt der Besprechungen sagte Macdonald, daß eine allgemeine Erörterung der Bedürfnisse der einzelnen Länder, und zwar nicht nach technischen, sondern nach geographischen Gesichtspunkten und der politischen Verantwortlichkeit stattgefunden habe. Die Sitzung habe sich in den freundlichsten Formen abgepielt. Macdonald wurde ermächtigt, die nächste Sitzung in der nächsten Woche, je nach dem Stand der Arbeiten, einzuberufen.

Macdonald legte besonderen Nachdruck darauf, daß die in der englischen und namentlich amerikanischen Presse er-

schienenen Kombinationen über die technischen Fragen jeder Begründung entbehren. Die Schwierigkeiten der Konferenz ergäben sich daraus, daß zunächst eine Einigung zwischen zwei oder drei Abordnungen gesucht und erst danach eine solche zwischen allen fünf Abordnungen angestrebt werden könne. Das Hauptgewicht liege daher in den Verhandlungen zwischen Abordnung und Abordnung. Der Grundton der ganzen Erklärung war zuversichtlich, aber nicht ausgeprochen optimistisch.

Eine unerwartete Schwierigkeit.

Flottenpläne Spaniens sind den Abordnungen der Seekonferenz völlig überraschend gekommen und vermehren die schon reichlich vorhandenen Schwierigkeiten nicht unerheblich.

Es soll beabsichtigen, zwei neue Großkampfschiffe zu bauen, deren Größe im Einklang mit den voraussichtlichen Beschlüssen der Londoner Flottenkonferenz auf 27 000 Tonnen beschränkt sein würde. Für beide Schiffe seien aber acht 33-Zentimeter-Geschütze vorgezogen, was die von englischer Seite gewünschte zukünftige Höchstgrenze des Geschützkalibers von 30 Zentimeter erheblich überschreiten würde. Außerdem sollten die Geschütze dieser beiden Schiffe mit besonderen Einrichtungen versehen werden, die ihnen besondere Treffsicherheit geben würden. Spanien denke weiter daran, nach dem Bau dieser beiden Schlachtschiffe, sobald es seine finanziellen Mittel erlaubten, weitere Schiffbauten dieser Art in Auftrag zu geben. Die spanische Flotte, die heute bereits eine erhebliche Stärke aufweise, würde hierdurch in die Reihe der großen Flotten rücken.

Es ist demnach nicht unmöglich, daß man sich gezwungen sehen wird, jetzt auch Spanien zur Konferenz heranzuziehen, wodurch sich diese allmählich zu einer Tagung aller seefahrenden Staaten auswachsen könnte, eine Tatsache, die die Arbeiten bestimmt nicht erleichtern wird.

Beratung des Zündholzmonopols.

Schwieriger Tagungsabschnitt im Reichstag.

Berlin, 24. Januar.

Präsident Lobe eröffnete die erste Sitzung nach der Weihnachtspause um 3 Uhr und gedenkt des Ablebens des Abgeordneten Schlüter (Soz.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung fordert Abgeordneter Stöcker (Komm.)

die sofortige Beratung des Antrages auf Aufhebung des Demonstrierensverbotes,

das eine Schande und Provokation der Arbeiterschaft sei. Der Antrag wird abgelehnt, ebenso gegen Kommunisten und Deutschnationalen ein Antrag, das Zündholzmonopolgesetz von der Tagesordnung abzujagen.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt der Gesetzentwurf über das Zündwarenmonopol und die Kreuzer-Anleihe.

Reichsfinanzminister Moldenhauer

leitet die Beratung ein und hält damit seine erste Ministerrede vor dem Reichstag. Er erklärt, daß er die Absicht gehabt habe, bei dieser Beratung einen eingehenden Bericht über die Kassenlage des Reiches zu erstatten, weil ihm Kenntnis zur Würdigung der Kreuzer-Anleihe notwendig erscheine. Infolge der Verzögerung der Verhandlungen im Haag und seiner verspäteten Rückkehr nach Berlin könne er diese Absicht nicht durchführen. Er behalte sich vor, im Ausschuß und bei der zweiten Beratung im Plenum die Kassenlage in voller Offenheit und Klarheit darzustellen. Er begnüge sich unter diesen Umständen heute mit wenigen leitenden Worten. Die Anleihe sei an die Bedingung geknüpft, daß das Monopol am 31. Januar d. J. verabschiedet ist. Versuche, diesen Termin hinauszuschieben, hätten leider zu keinem Erfolge geführt. Er bitte deshalb um Beschleunigung der Beratung.

Abgeordneter Dr. Herx (Soz.) erklärt, daß auch seine Partei unter diesen Umständen ihre Ausführungen zurückziele. Abgeordneter Dr. Rademacher (Dnatl.) wirft die Frage auf, was der Reichstag angesichts der vorliegenden Tatsachen noch zu beraten und zu beschließen habe. Das deutsche Volk sei auch innenpolitisch immer mehr in Unruhe geraten. Abgeordneter Dr. Neubauer (Komm.) nennt es eine Lüge, wenn behauptet werde, daß durch den Vertrag die deutsche Zündholzindustrie geschützt werden solle. Abgeordneter Bentzen (D. Vp.) bezeichnet den Entwurf als ein Dokument höchst unerfreulicher Art. Ein deutscher Industriezweig werde damit dem Auslandskapital ausgeliefert. Unannehmbar ist für die Deutsche Volkspartei die Sonderbehandlung der Konjunkturgenossenschaften. Gegen diese Ausnutzung der sozialistischen Machtposition legen wir schärfsten Protest ein. Abgeordneter Borrmann (D. V.)

erklärt, ein großer Industriezweig werde durch die Vorlage unter Zwangsbewirtschaftung gebracht. Die Bevorzugung der Konjunkturgenossenschaften lehnt der Redner ab. Abgeordneter Kauch-München (Bay. Vp.) bedauert die kurze Zeit, die dem Reichstag für die Erledigung dieses Gesetzes belassen werde. Die Behandlung der Konjunkturgenossenschaften widerspreche dem allgemeinen Monopol. Abgeordneter Fischel (Dem.) betont, daß die Bedingungen der Kreuzer-Anleihe nicht so günstig seien, wenn man die großen Vorteile berücksichtige, die der Schwedentrust aus dem Monopol ziehen könne. Auch seine Partei sei gegen die Bevorzugung der Konjunkturgenossenschaften. Abgeordneter Stöcker (Nat.-Soz.) wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie sich jetzt mit dem ausländischen Zündholzmonopol abfinden, obwohl sie es vorher bekämpft hätten. Wenn die Vorzugstellung der Konjunkturgenossenschaften beibehalten werde, würden seine Freunde gegen das Gesetz stimmen.

Die Vorlage wird darauf dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung: Montag 3 Uhr: Zweite Sitzung des Zündholzmonopols.

Der ungekrönte König Karumidze.

Kapitän Ehrhardt auf Donnerstag geladen.

Berlin, 24. Januar.

Im Tschermozensfallprozess wurde die Ladung des Kapitän Ehrhardt für Donnerstag nächster Woche beschlössen. Als Kenner der georgischen Verhältnisse gab dann der in Deutschland lebende nationaldemokratische Georgier, Dr. Wargieraschwili, einen ausführlichen Ueberblick über die politische Entwicklung Georgiens.

Der Zeuge bezeichnete Karumidze als einen glühenden Patrioten, von dem er nicht glaube, daß er die Fälschungen aus materiellen Beweggründen vorgenommen habe.

Auf Befragen des Verteidigers erklärte der Zeuge, es sei ihm bekannt, daß Karumidze in Verfolgung seiner politischen Ziele während des Weltkrieges an der Küste des Schwarzen Meeres mit Unterseebooten zusammengearbeitet habe, die zu einer Nation gehört hätten, die Rußland gegenüberstand. Nicht bekannt sei ihm, daß Karumidze aus der nationaldemokratischen Partei ausgeschlossen wäre. Karumidze nehme in sämtlichen Werken über Georgien einen hervorragenden Platz ein; in einem Buch werde er der „ungekrönte König von Georgien“ genannt.

Auch der frühere georgische Gesandte in Deutschland, Dr. Achmetli, der dann noch als Zeuge gehört wurde, erklärte, Karumidze habe sicher nur aus Patriotismus und nicht aus Gewinnsucht gehandelt.

Die Sitzung wurde auf Montag vertagt.

Politische Rundschau.

Ägyptischer Zolltarif am 17. Februar in Sicht. Der neue ägyptische Zolltarif, der für zahlreiche Positionen erhebliche Erhöhungen vorsieht, wird nach den letzten Nachrichten aus Kairo mit Bestimmtheit am 17. Februar in Kraft gesetzt werden.

Steuerermäßigungen in Griechenland. Die Athener Handelskammer hat eine Entschließung angenommen, in der Maßnahmen für die Herabsetzung der Steuern verlangt werden. Die Vorteile der Steuerermäßigung sollen vor allem der stark daniederliegenden Landwirtschaft zugute kommen.

Die französischen Haag-Minister beim Staatspräsidenten. Der Präsident der Republik empfing die Minister Chéron und Loucheur, die ihm Bericht über die Haager Abmachungen und die Ergebnisse erstatteten.

Die amerikanische Gesandtschaft in Warschau zur Vorkauf erhoben. Die amerikanische Gesandtschaft in Warschau ist zur Vorkauf erhoben worden. Präsident Hoover ernannte Alexander Moore, den gegenwärtigen Gesandten in Peru, zum Vorkäufer in Warschau.

Reichsbeteiligung an der Preußentasse.

Berlin, 24. Januar. Der preussische Landtag nahm das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem preussischen Staat über die Beteiligung des Reiches an der preussischen Zentralforschungsforschung an. Danach beteiligt sich das Reich an der Preußentasse zunächst mit 50 Millionen Reichsmark, die von dem seitens des Reiches der Preußentasse gewährten Dünghausmittelkredit von 100 Millionen in Abzug gebracht werden. Durch das Abkommen wird der Wirkungskreis der Preußentasse auf das ganze deutsche Reichsgebiet ausgedehnt.

Not des deutschen Ostens und Reichspräsident.

Berlin, 24. Januar. Der Reichspräsident empfing zur Ueberreichung einer gemeinsamen Denkschrift über die Not der preussischen Ostprovinzen und zu näheren Darlegungen über den Inhalt dieser Denkschrift den Landeshauptmann der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen Dr. Caspari, den Landesdirektor der Provinz Brandenburg von Winterfeldt-Mentke und den Landeshauptmann der Provinz Niederschlesien Dr. von Thaer.